

der Tharandt-Freiburger Eisenbahn herunter ein erheblicher ist. Es würde mir leicht sein, statistische Notizen Ihnen zu unterbreiten und diesen Verkehr als einen besonders lebhaften hinzustellen. Ich begnüge mich, nur wenige Gründe zu erwähnen, welche den Bau der gedachten Straße unbedingt nothwendig erscheinen lassen. Es handelt sich nicht um einen Tract von mehreren Meilen, sondern um eine Entfernung von $\frac{1}{4}$ Stunden. Es ist die Stadt Rabenau eine der ärmsten im ganzen Lande, sie sucht ihren einzigen Erwerb in der Fabrikation von Holzwaaren, besonders von Stühlen. Sie hat seit länger, als zehn Jahren, dringlichst bei dem hohen Finanzministerium gebeten, daß ihr, wie den meisten Städten, doch wenigstens nach einer Seite eine fahrbare Straße gewährt werde. Sie ist ganz außergewöhnlich arm; ihre Bewohner sind nimmermehr im Stande, die Kosten eines Chausseebaues aufzubringen und dennoch haben jene Bitten bis jetzt gar kein Gehör gefunden. Es concurrirt bei der fraglichen Straße zugleich das fisciatische Interesse. Ich gestatte mir, in dieser Richtung auf den Inhalt der Petition und auf deren Beilagen mich zu beziehen, um die geehrte Kammer nicht zu lange behelligen zu müssen und spreche die Ueberzeugung aus, daß, wenn es um eine so geringe Strecke sich handelt und die Verbindung einer so armen Stadt mit einer Eisenbahn hergestellt werden kann, man wenigstens dasselbe hier thun müsse, was den meisten Städten des Landes gegenüber mit weit größerem Aufwande bereits geschehen ist.

Abg. Beeg: Es freut mich sehr, daß die geehrte Staatsregierung diese Erklärung abgegeben hat, daß, wenn sie mit dem Correctionsbau fertig ist, sie diese Straße in Anbau nehmen werde; es wird diese Erklärung den Gemeinden gewiß zu großer Beruhigung dienen; denn, wie gesagt, es herrschte eine ordentliche Entrüstung darüber. In der Bescheidung ist es allerdings nicht genau ausgedrückt worden, wann gebaut werden soll; es steht ausdrücklich in dem Bescheide, von dem ich eine Abschrift vor mir liegen habe, daß es in der jetzigen Finanzperiode nicht möglich sei; aber in welcher Finanzperiode ist nicht gesagt. Noch sage ich meinen Dank der hohen Staatsregierung für ihre Erklärung.

Abg. Mehnert: Wenn vorher der geehrte Referent die Gemeinde Auerbach angezogen hat und daß diese ihre Grundsteuer mit bei der Petition berücksichtigt haben wollte, so glaube ich, hat die Gemeinde dies ganz gewiß nicht so gemeint; denn es liegt mir ein Schreiben von den Gemeinden vor vom 1. December v. J. und darin sagen sie, daß sie nicht mehr als 1555 Acker und 22,000 Steuereinheiten besitzen und darauf eben jährlich 1238 Thlr. außer den Staatsabgaben zu den Gemeindelasten abzugeben hätten und in diesem Sinne, glaube ich, haben die Gemeinden das auch gemeint. Wenn nun der Herr Referent

vorhin noch bemerkte, daß zwischen den Petitionen von Bodenbach und Gleisberg und den früher gedachten Petitionen ein Unterschied sei, so muß ich mich allerdings bescheiden, wenn es seine Ansicht ist; die meinige wäre es allerdings nicht und ich kann auch, da ich einmal das Wort habe, nicht ganz zugeben, daß, wenn der Communicationsweg von Bodenbach nach Gleisberg und Rosßwein gebaut würde, der Verkehr von Freiberg aus durch diese Orte nach Rosßwein sich hinziehen könnte, wie in der Petition und dem Berichte bemerkt ist.

Abg. Dr. Heyner: Auch ich habe bei dieser Gelegenheit auf einen großen Uebelstand aufmerksam zu machen, der die Chaussee von Leipzig nach Pegau betrifft, wo bei irgend einer Hochfluth, namentlich bei Connewitz, der sehr lebhafte Verkehr in jener Gegend behindert, auch wohl ganz gestört ist. Dem hohen Finanzministerium sind gewiß schon Klagen und Beschwerden aus dieser Gegend zu Ohren gekommen und es ist sehr zu wünschen, daß dort eine radicale Verbesserung vielleicht durch Erbauung eines Viaducts vorgenommen wird; denn es ist ein unabwiesbares Bedürfnis, namentlich, wenn man den lebhaften Verkehr auf dieser Straße in Betracht zieht und wenn man erwägt, wie viel Unglücksfälle seit 16 Jahren schon dort vorgekommen, namentlich, wie viel Menschen, Pferde und Geschirre in den Fluthen zu Grunde gegangen sind. Ich bin fest überzeugt, daß die hohe Staatsregierung mit diesen Verhältnissen vertraut ist und darauf sinnt, dort sobald als möglich Abhülfe zu verschaffen.

Abg. von Mostitz-Paulsdorf: Es ist immer Brauch in diesem Saale gewesen, daß bei Berathung des Bauctats allerhand Wünsche an die hohe Staatsregierung gekommen sind, daß einzelne Abgeordnete je nach dem, was sie in ihrem Bezirke wahrgenommen haben, Uebelstände zur Sprache gebracht, daß sie den einen oder andern Wegetract besonders befürwortet haben. Ich kann es auch Niemandem verdenken, wenn das geschieht und halte dieses Verfahren auch für ganz richtig; indessen muß ich mich doch bei der Art der Behandlung dieser verschiedenen Punkte dem anschließen, was der Abg. Schreck gesagt hat. Ich glaube nicht, daß die geehrte Deputation, die sich doch niemals an Ort und Stelle begeben kann, um selbst in Augenschein zu nehmen, was sie begutachten soll, ich glaube nicht, daß sie in der Lage sein kann, in dem einen Falle zu sagen, die Sache soll zur Erwägung, in dem andern, sie soll der Staatsregierung bloß zur Kenntnißnahme gegeben werden. Wenn man überhaupt derartig Etwas empfiehlt, so glaube ich, daß es richtiger ist, den Ausdruck „Kenntnißnahme“ zu gebrauchen und daß man es dann der Staatsregierung überläßt, zu untersuchen, ob die eine oder andere Sache den Vorzug verdiene oder nicht. Die Staatsregierung muß immer in dieser Beziehung den Hauptüberblick behalten und wird sich auf